

17.04.1989 – vor 25 Jahren wurde die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ legalisiert

24.04.1959 – erste Bitterfelder Kulturkonferenz. Sie stand unter der Losung: „Greif zur Feder, Kumpel!“

25.04.1919 – vor 95 Jahren gründete Walter Gropius in Weimar das staatliche Bauhaus als Hochschule für künstlerisches Schaffen

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

07. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

15. April 2014

Gemeinsam den Kommunalwahlkampf führen

Die Europa- und Stadtratswahl in Halle will gut vorbereitet sein. Der Stadtvorstand hat dazu ein Wahlbüro gebildet, das sich jeden Freitag 16:00 Uhr in der Blumenstraße trifft und die Vorbereitung der Wahl berät. Die Sitzungen sind öffentlich, alle Mitglieder, die sich mit Ideen einbringen wollen, sind herzlich eingeladen.

Die ersten Aufgaben der Wahlvorbereitung sind bewältigt, die Wahlzeitung ist druckreif, das Wahlprogramm gesetzt, die Veranstaltung mit Gregor Gysi am 7. Mai vorbereitet und die ersten Infostände sind geplant. Hilfe wird in vieler Hinsicht gebraucht, damit wir einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf führen können.

Plakatieren

Uns stehen für den Kommunal- und Europawahlkampf 1.300 Plakate zur Verfügung, da diese immer doppelt zu hängen sind, können wir also an 650 Stellen in der Stadt plakatieren. In Halle darf 6 Wochen vor der Wahl plakatiert werden, also ab dem 13.04.2014. Den Erfahrungen aus der Bundestagswahl folgend, hat das Wahlbüro empfohlen, bereits in der ersten Woche an wichtigen Sichtachsen (Markt, Riebeckplatz, Merseburger Straße, Magistrale usw.) zu plakatieren. Die Plakate in den Wohngebieten sollen am Freitag, dem 25. April 2014 aufgehängt werden. Dazu wollen wir wieder eine zentrale Plakatierungsaktion durchführen, die 16:00 Uhr in der Blumenstraße beginnt. Gesucht werden Genossinnen und Genossen mit und ohne Fahrzeugen. Damit Leerlauf vermieden werden kann, bitten wir zwecks Koordination um vorherige Mitteilung an die Geschäftsstelle, die dann für die Fahrer Tourenpläne und Helfer

zusammenstellt. Im Anschluss laden wir ab 18:00 Uhr zu einem kleinen Hoffest in die Blumenstraße, hier sind alle eingeladen, die am Kommunalwahlkampf mitwirken, dort wollen wir auch den weiteren Ablauf der Infostände und Verteilaktionen besprechen.

Wahlzeitung

Der Stadtverband wird zur Kommunalwahl eine Wahlzeitung mit dem Titel „Hier und in Europa“ herausgeben, in dieser werden die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europa- und Kommunalwahl vorgestellt sowie in Artikeln die Schwerpunkte des Wahlprogrammes erläutert. Der Stadtvorstand dankt Anke Lohmann, Katja Müller, Tanja Behrend und Martin Heinlein für die großartige Unterstützung bei der Erstellung der Zeitung. Sie wird in einer Auflage von 80.000 Exemplaren am 01. Mai erscheinen und soll zunächst an den Infoständen verteilt werden, ab Mitte Mai soll sie dann auch in Briefkastenaktionen verteilt werden, hierzu brauchen wir ebenfalls noch Hilfe. Genossinnen und Genossen, die verteilen wollen bitten das Wahlbüro, in der Geschäftsstelle Bescheid zu sagen, welche Straßen verteilt werden und wieviel Exemplare nötig sind und ob sie in der Geschäftsstelle abgeholt werden können oder wohin sie angeliefert werden sollen.

Infostände

Das Wahlbüro empfiehlt sich bei den Informationsständen auf den Monat Mai zu konzentrieren und vor allem die Wochen vor der Wahl zu nutzen, um unentschlossene Hallenserinnen und Hallenser anzusprechen. Die Übersicht aller Infostände wird nach dem 25. April veröffentlicht. Auch bei der Standbesetzung wird Hilfe benötigt.

In Berlin – und (H)alle dabei

Am 25. Mai wird ein neuer Stadtrat für Halle gewählt und damit werde ich nach spannenden zehn Jahren aus unserem Kommunalparlament ausscheiden. Wie ich schon während der letzten Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN in Halle ausgeführt habe, hat das nichts mit einem plötzlichen Desinteresse an Stadtpolitik zu tun. Sicher, die Arbeit im Stadtrat ist oft anstrengend gewesen und gerade in letzter Zeit leider oft von Konflikten geprägt, die ein vernünftiges Arbeiten erschweren. Doch hätte ich sehr gern weiterhin direkt vor Ort für eine soziale und zukunfts-gewandte Ausgestaltung Halles gestritten, wenn es zeitlich mit meinen Aufgaben im Bundestag vereinbar gewesen wäre. Dem ist leider nicht so.

Diese Kolumne möchte ich in Zukunft dafür nutzen, mich auch weiterhin in die Stadtpolitik einzubringen und, vor allem, um deutlich zu machen, dass meine politische Arbeit weiterhin sehr eng mit den Entwicklungen im Wahlkreis verknüpft ist.

Ein besonders gutes und aktuelles Beispiel für diesen Zusammenhang zwischen „Berliner Politik“ und Situation ist das sogenannte Kooperationsverbot im Bildungswesen. Im Jahr 2006 setzte die damalige Große Koalition gemeinsam mit einigen Bundesländern fest, dass Bildung, Forschung und Wissenschaft ausschließliche Aufgaben der Bundesländer seien. Seitdem hat sich der Bund mit seinem Geld und seinen Ideen aus diesen Bereichen herauszuhalten. Das hat ganz generell zur Folge, dass Ungleichgewichte zwischen reicheren und finanzschwächeren Bundesländern im Wissenschafts- und Bildungssektor vergrößert werden – im Übrigen entgegen dem Anspruch des Grundgesetzes, für gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu sorgen. Insgesamt ist die Finanzsituation von Ländern und Kommunen prekär, nicht wenige sind schlicht pleite. Wie wir gerade in Sachsen-Anhalt hautnah erleben müssen, werden die Bereiche Bildung und Wissenschaft in solchen Zeiten (angeblich) leerer Kassen als Melkkühe zur Sanierung des Haushaltes betrachtet, auch wenn sie nur einen kleinen Teil des Gesamthaushaltes ausmachen. Die 2009 beschlossene „Schuldenbremse“ verstärkt nur einen langfristigen Prozess des Kaputtsparens gerade durch die schwarz-rot geführten Bundesländer. Und der Bund? Anstatt sich wirklich an den Kosten der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben Bildung und Forschung zu beteiligen, zieht er

sich mit Exzellenzinitiativen und einmaligen Programmen zur überfälligen Sanierung baufälliger Schulen und Hochschulen aus der Affäre. Die Zeche für diesen „Wettbewerbsföderalismus“ zahlen am Ende die Eltern und vor allem SchülerInnen und Studierende. Eine innovative, kooperative und zukunftsweisende Bildungs- und Hochschulpolitik sähe anders aus. Ohne die Landesregierung aus ihrer Verantwortung für das sich abzeichnende Desaster in der sachsen-anhaltinischen Hochschullandschaft zu entlassen: Der Bund trägt aktuell nichts Substantielles dazu bei, den Bundesländern bei der Sicherung der Schul- und Hochschulstandorte zu helfen.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat vor wenigen Tagen einen Antrag eingebracht, um das Kooperationsverbot endlich wieder abzuschaffen. Wir werden sehen, ob sich die Abgeordneten der Regierungskoalition an ihre früheren Äußerungen zum Kooperationsverbot erinnern werden (es sei nur an Frank Walter Steinmeier erinnert, der es schon 2012 auf den Punkt brachte: „Das Kooperationsverbot ist Blödsinn, es muss weg“). Auch dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort Halle wäre damit sehr geholfen.

Dr. Petra Sitte



DIE LINKE.
STADTVERBAND HALLE

Gregor kommt!

7. Mai 2014, 18.30 Uhr

Burggraben Moritzburg, Halle (Saale)
(Vorprogramm ab 17.30 Uhr)

u.a. mit **Gabi Zimmer**
(Mitglied des Europäischen Parlaments)

www.dielinke-halle.de

Anzeige

V.l.s.d.F. Sven Knöchel, Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale), Foto: Tübony/Kübler

EuGH kassiert Vorratsdatenspeicherung

Cornelia Ernst (MdEP)

Der Europäische Gerichtshof hat heute die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vollständig und rückwirkend aufgehoben. Nach Ansicht der Richter ist die Vorratsdatenspeicherung mit dem Recht auf Privatsphäre nicht zu vereinbaren.

Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst, Co-Sprecherin der LINKEN im Europaparlament, freut sich über das Urteil: „Das ist ein klarer Erfolg für die Privatsphäre über Sicherheitswahn und Sammelwut. Das Gericht hat den Kritikern der Vorratsdatenspeicherung in allen Punkten Recht gegeben. Daran zeigt sich auch, dass sich Engagement und Beharrlichkeit lohnen. Mein Dank und meine Glückwünsche gehen an all die AktivistInnen und KlägerInnen, die dieses Urteil überhaupt erst möglich gemacht haben. Das Urteil ist auch ein Fortschritt für die Rechtsstaatlichkeit in der EU. Europäische Regelungen, die ungerechtfertigt derart heftige Einschränkungen unserer Grundrechte bedeuten, können von den Richtern nicht nur überprüft und einkassiert werden, sondern es geschieht auch.

Besonders wichtig ist das Urteil aus einem dritten Grund. Es zeigt, dass Grundrechte in der EU nicht einfach ausgehebelt werden können, nur weil eine Richtlinie das Etikett Anti-Terror bekommt. Es ist jetzt an der Zeit, weitere kritische Datensammlungen erneut auf den Prüfstein zu stellen. Das gilt vor allem für so manche Daten im Schengen Informationssystem, den Datenaustausch zwischen Frontex und Europol, den Polizeizugriff auf EURODAC und nicht zuletzt das TFTP-Abkommen und das PNR-Abkommen mit den USA. Der gesamte Rahmen der inneren Sicherheit der EU muss einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden und auf eine neue Grundlage gestellt werden, die ehrlich und tatsächlich die Grundrechte achtet. „

Kontakt:

Büro Cornelia Ernst, Lorenz Krämer, +32 228 37660,
cornelia.ernst@europarl.europa.eu

**Nachbarn eine
Freude machen!**

Großfläche spenden, Standort selbst bestimmen.

Wir ziehen um

Auf dem Stadtparteitag im Dezember 2013 haben wir beschlossen, künftig wirksamer in Halle wirken zu wollen. Dazu sollte der Stadtvorstand auch prüfen, ob wir mit neuen Räumen mehr Möglichkeiten haben Veranstaltungen durchzuführen.

Der Stadtvorstand hat sich darauf hin auf Raumsuche begeben und in der Leitergasse 4 ein Ladenlokal gefunden, welches unseren Ansprüchen gerecht wird. Es ist direkt von der Geiststraße aus zugänglich, die Straßenbahnhaltestelle befindet sich direkt davor. Künftig werden wir eine barrierefreie Geschäftsstelle haben. Herzstück ist der fast 100 m² große Raum, der für Versammlungen und Veranstaltungen genutzt werden kann, in ihm wird sich auch unsere Bibliothek wiederfinden.

In 3 Büroräumen werden Stadtvorstand und die Wahlkreisbüros von Petra Sitte, Henriette Quade und Swen Knöchel ihre Arbeit fortsetzen. Ein kleiner Beratungsraum steht zudem für Bürgersprechstunden zur Verfügung.

Der Umzug soll im Juni erfolgen, die Eröffnung Anfang Juli. Neben vielen helfenden Händen beim Umzug werden jetzt Ideen gesucht, was wir in unseren neuen Räumen an Veranstaltungen anbieten wollen. Dazu wollen wir die Basisberatung im Juni nutzen und würden uns freuen, wenn bis dahin in den Ortsverbänden und Basisorganisationen dazu beraten wird.

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die im Monat
April Geburtstag haben.**



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
10.04.2014
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 24.04.2014

Seit dem 1. Oktober 2013 können Hallenser*innen ihre Vorschläge für das Haushaltsjahr 2014 zum kommunalen Haushalt der Stadt Halle per Internet in die Beratungen einbringen, andere Beiträge kommentieren und abstimmen. Dr. Bernd Wiegand, OB der Stadt Halle, hat nicht nur zugesagt, alle umsetzbaren Ideen im Finanzausschuss des Stadtrats vorzustellen und zu beraten, sondern auch die Aktion für das Jahr 2015 weiterzuführen. Der Dornrosa e.V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. und das „kommunalpolitische forum“ Sachsen-Anhalt e.V. möchten sich daran beteiligen. In einer dreiteiligen Workshop-Reihe schauen wir zunächst, wie ein städtischer Haushalt funktioniert, welche Mittel disponibel sind, wie Anträge formuliert, welche Mittel könnten/sollten sinnvoller verteilt werden u.a.m.

In weiteren Schritten sollen Vorschläge erarbeitet und vorgestellt werden, welche Projekte können in Halle realisiert werden oder wo besteht derzeit dringender Mehrförderbedarf. Wie sieht ein gendertgerechter Haushalt aus und wie funktioniert Genderbudgeting im Rahmen der kommunalen Haushalte?

Ergebnis der Workshop-Reihe soll die Initiierung einer Gruppe sein, welche sich gemeinsam in das sicher für viele neue Thema „kommunales Haushaltsrecht“ einarbeitet, eigene Ideen erarbeitet und öffentlich kommuniziert und Erfolg dabei hat.

Zum zweiten Termin laden wir alle Interessierten herzlich ein:

am Montag, 28.04.2014 um 16.30 Uhr in das Frauenzentrum
Weberwirtschaft, Karl-Liebknecht-Str. 34, 06108 Halle.

Seminarleiter: Egbert Geier (Beigeordneter, Geschäftsbereich Finanzen und Verwaltungsmanagement der Stadt Halle)

Workshopinhalt: Lesbarkeit des Haushalts der Stadt Halle (Saale), Kriterien für Auswahl von Vorschlägen zum Bürgerhaushalt und öffentliche Rechenschaft

Veranstalter*innen: Dornrosa e.V., „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.
Rückfragen und Anmeldungen: Dr. Viola Schubert-Lehnhardt,
gs-halle@rosaluxsa.de und 0176-24380169

Rechne mit uns!



Workshop-Reihe

Beiträge zu einem

genderechten Haushalt

in Halle (Saale)

Auf in einen engagierten Wahlkampf – Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch

An die Mitglieder, An die Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE
Liebe Genossinnen und Genossen,
wenn am 25. Mai gleichzeitig mit den Kommunalwahlen in zehn Bundesländern das Europäische Parlament gewählt wird, dann treten wir an, um Europa zu verändern. Diese Veränderung beginnt vor Ort, mit uns. Wir sind in diesem Wahlkampf diejenigen, die sich mit den Mächtigen anlegen. Wir werden die Stimme derjenigen sein, die keine Lobby haben.

Seit der letzten Wahl ist die Erwerbslosigkeit in der Europäischen Union gestiegen, besonders bei jungen Menschen.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet – die Macht der Banken und der großen Unternehmen ist gewachsen. Die europäische Einigung als Idee des friedlichen und demokratischen Zusammenwachsens unseres Kontinentes wird immer weiter zu einem reinen Projekt verfremdet – weg von den Menschen und hin zu den Märkten.

Die Europäische Union hat die Märkte geöffnet und die Konkurrenz der Standorte befeuert – der Druck auf Löhne ist spürbar, soziale Rechte werden beschnitten bzw. verweigert. Die Politik der EU in den Regelungen für Bratwürste und Gemüse, aber keine, die Banken und Spekulationen wirksam kontrollieren. Sie geht mit unmenschlicher Härte gegen Flüchtlinge vor, die zu Tausenden an den Grenzen umkommen, aber setzt keine Grenzen für Steuerlucht. Und vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen wird deutlich:

Europa braucht DIE LINKE mit klaren friedenspolitischen Positionen.

Wir haben heute in Berlin unsere Kampagne zur Europawahl den Medien präsentiert – unsere Schwerpunkte gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Die Plakate und die ersten Materialien sind bereits in die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert – der Wahlkampf kann also losgehen.

Um einen fulminanten Wahlkampf hinzulegen, brauchen wir wieder viele aktive Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Unsere Partei verfügt bekanntlich nicht

über die Millionenspenden, mit denen wir Leute fürs Plakatieren oder Zeitung verteilen einkaufen könnten. Vor allem aber ist das persönliche Gespräch der beste und nachhaltigste Wahlkampf. Daher unsere Bitte: Wenn Du es noch nicht getan hast, dann melde Dich bei Deinem Kreisvorstand und besprich, was Du im Wahlkampf tun kannst – es werden für ganz unterschiedliche Aufgaben viele helfende Hände gebraucht. Wenn du vor Ort keinen Kontakt findest, dann kannst Du Dich auch an die Bundesgeschäftsstelle per Telefon (030/24 009-111) oder online über www.linksaktiv.de wenden.

Und natürlich wäre es großartig, wenn Du selbst neue aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter für unseren Wahlkampf gewinnst. Sprich Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde oder auch Verwandte doch einfach mal an, ob sie nicht mitmachen wollen. Auch Nichtmitglieder sind selbstverständlich herzlich eingeladen.

In diesem Sinne laden wir Dich ein, im bevorstehenden Wahlkampf wieder gemeinsam mit uns für unsere Ziele und eine starke linke Fraktion im Europaparlament zu streiten. Mit Mut, mit einem kritischen Blick und hoffentlich auch mit Lust und Spaß.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping

Bernd Riexinger

Matthias Höhn

Weitere Informationen in dem Du hier:

Alle Infos zu unserer Wahlkampagne, dem Europawahlprogramm und Kurzwahlprogramm:
www.die-linke.de/europawahl

Portal für aktive Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer: www.linksaktiv.de

Spendet Großflächen – Nachbarn eine Freude machen: www.die-linke.de/plakatspende

**Nachbarn eine
Freude machen!**
Großfläche spenden, Standort selbst bestimmen.

Gutachten zu TTIP-Studien: Beträchtliche Abwärtsrisiken

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament GUE/NGL hat ein Gutachten der Forscher der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (Wien) in Auftrag gegeben und bei einer Anhörung der Fraktion zum TTIP heute der Öffentlichkeit vorgestellt.

Hierzu Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der LINKEN:

„Dank dem enormen Druck durch aufmerksame Bürgerinnen und Bürger hat die EU-Kommission ein Konsultationsverfahren zum TTIP eingeleitet. Das Gutachten soll einen Beitrag dazu leisten, dass die Resonanz auf das Konsultationsverfahren stark wird. Die Menschen in Europa wissen längst, dass Freihandelsabkommen und insbesondere das geplante US-Freihandelsabkommen einen massiven Einfluss auf ihren Alltag haben. Es geht um die Frage, wie wir künftig leben, handeln, arbeiten und konsumieren wollen.“

Was sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von TTIP?

In der öffentlichen Debatte geben einige wenige ausgewählte Studien den Ton an, die überwiegend von der EU Kommission in Auftrag gegeben worden sind. Diese stellen die wirtschaftlichen Folgen für beide Seiten des Atlantiks positiv dar. Zentral sind die Studien von Ecorys (2009), CEPR (2013), CEPPII (2013) und Bertelsmann (2013).

In dem von der LINKEN in Auftrag gegebenen Gutachten werden die Ergebnisse dieser Studien sowie deren Methodologie kritisch bewertet. Zudem sprechen wir einige Themata an, die von Folgeabschätzungen zum Handel häufig vernachlässigt werden, aus unserer Sicht jedoch wichtig sind. In aller Kürze: wir sehen nur begrenzte wirtschaftliche Gewinne, jedoch beträchtliche Abwärtsrisiken.“

Die Ergebnisse des Gutachtens lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Die zu erwartenden Gewinne aus TTIP sind sehr gering. Alle vier Studien berichten kleine, aber positive Auswirkungen von TTIP auf das BSP, die Handelsströme und die Reallöhne in der EU. Das Wachstum für BSP und Reallöhne wird in den meisten Studien im

Bereich 0,3 - 1,3 % beziffert. Die Arbeitslosigkeit in der EU bleibt entweder unverändert (Annahme), oder verringert sich um 0,42 Prozentpunkte, also etwa 1,3 Millionen, was jedoch unrealistisch erscheint. EU Exporte werden um 5 - 10 % ansteigen. All diese Effekte ergeben sich langfristig, sollen sich über eine Übergangsperiode von 10 - 20 Jahren einstellen.

2. Die zu erwartenden Gewinne hängen von der Reduktion nicht-tarifärer Maßnahmen (NTM) ab. Bei bereits sehr niedrigen durchschnittlichen Zolltarifen (unter 5 %) werden 80 % der TTIP Zugewinne aus der Abschaffung oder Angleichung von NTM ab, also Gesetzen, Regulierungen und Standards. Die Annahmen zur Machbarkeit von NTM-Reduzierungen sind in den Studien allerdings zu optimistisch. Auf Basis realistischerer Annahmen wäre die wirtschaftlichen Gewinne aus TTIP noch geringer.

3. Die sozialen Kosten von regulatorischen Veränderungen könnten bedeutend sein. NTM-Reduzierungen beinhalten sowohl kurzfristige Anpassungen als auch langfristige soziale Kosten. In den Studien wird dies völlig vernachlässigt. Vor allem wird die Abschaffung von NTM zu einem potentiellen Wohlfahrtsverlust für die Gesellschaft führen, und zwar bis zu einem Grad, dass die Eliminierung der NTM gesellschaftliche politische Ziele gefährdet (zum Beispiel Verbraucherschutz, Gesundheitsversorgung, Umweltschutz). Die in diesen Studien, insbesondere Ecorys, durchgeführte Analyse von NTM ignoriert diese Probleme völlig. Statt dessen wird angenommen, dass etwa 50 % oder 25 % aller verschiedenen in EU und USA existierenden NTM entweder abgeschafft oder auf einem gemeinsamen Standard angeglichen werden können. Das beinhaltet sensible Sektoren wie Nahrung und Getränke, Chemikalien, Medikamente, Kosmetik und Fahrzeuge. Um ihre optimistischen Gewinnprognosen zu erreichen, setzen die Studien in gerade diesen Bereichen starke Reduzierungen/Anpassungen voraus, in denen doch der Schutz gesellschaftlicher Politikziele vielleicht am wichtigsten ist. Wenn eine Schätzung ihrer Höhe auch beträchtlicher Unsicherheit unterliegt, können die durch Änderungen von Regulierungen durch TTIP ausgelösten sozialen Kosten doch erheblich sein und verlangen daher nach sorgfältiger Analyse von Fall zu Fall.

4. Makroökonomische Anpassungskosten sind nicht vernachlässigbar und sollten von Entscheidungsträgern der Politik in der EU behandelt werden.

- Die Kosten von Erwerbslosigkeit, inklusive Langzeiterwerbslosigkeit, könnten erheblich sein, insbesondere während der ersten zehn Jahre Übergangsperiode des TTIP. Ausgehend von der prognostizierten Verlagerung oder Verdrängung von Arbeitsplätzen in Höhe von 0,4 - 1,1 Millionen, schätzen wir (konservativ) die Folgekosten aus Arbeitslosenhilfe auf 5 - 14 Milliarden Euro, noch ohne die Kosten für Eingliederungsmaßnahmen und Schulungen. Hinzu kommen staatliche Einnahmeverluste aus Steuern und Sozialabgaben durch die Erwerbslosigkeit, die sich auf 4 - 10 Milliarden Euro summieren könnten.

- Einkommensverluste im Eigenmittel-Haushalt der EU durch entgangene Zölle könnten im Bereich von 2 % oder 2,6 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Über die Übergangsperiode von 10 Jahren summiert sich das zu einem Einnahmeverlust des EU-Haushalts von mindestens 20 Milliarden Euro.

5. Weitere mögliche negative Auswirkungen von TTIP werden in der Studie herabgespielt. Dazu gehören:

- Die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in die EU werden wahrscheinlich zurückgehen, das reale BDP der LDCs würde um bis zu 3 % verringert. Obwohl nicht völlig schlüssig, rechtfertigen diese Ergebnisse doch eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen von TTIP auf Entwicklungsländer, wo sich die EU doch offiziell verpflichtet hat, die Armut in LDCs abzuschaffen.

- Der EU-interne Handel wird durch TTIP verringert werden. Einige Studien erwarten eine mäßige Verringerung, eine Studie rechnet jedoch mit einer Verringerung um 30 %. Dies verlangt nach weiterer Untersuchung.

Aus dem Englischen übersetzt von Bernd Schneider. Das Gutachten der Forscher der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (Wien) wurde von der Linksfraktion im Europäischen Parlament GUE/NGL in Auftrag gegeben und bei einer Anhörung der Fraktion zum TTIP am 8. April 2014 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Gutachten umfasst 69 Seiten mit detailliert dargestellten Forschungsergebnissen und wurde zunächst in englischer Sprache erfasst.

Deflation – Euro-Krise in neuem Kleid

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE, Mitglied im Parteivorstand

Die Euro-Krise ist vorbei, heißt es. Das ist ein Trugschluss. Jetzt kommt sie in neuem Gewand: „Deflation“ heißt das Schreckgespenst, das mittlerweile auch die Europäische Zentralbank (EZB) beunruhigt. Deflation bezeichnet eine Spirale aus sinkenden Preisen, sinkenden Unternehmensumsätzen und –gewinnen, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen. Ausgangspunkt der aktuellen Warnungen ist die Entwicklung der Inflationsrate in der Euro-Zone. Mit nur noch 0,5 Prozent liegt sie meilenweit unter dem Wert von knapp unter 2,0 Prozent, den die EZB als „Preisstabilität“ definiert.

In einigen Euro-Ländern sinkt das Preisniveau sogar, zum Beispiel in Griechenland und Spanien. Das ist auch kein Wunder. Maßgeblich auf Druck der deutschen Regierung wurden diese Länder gezwungen, sich strengen Kürzungsdiktaten zu unterwerfen. Millionen Jobs wurden vernichtet und die Löhne der noch Arbeitenden zur „Verbesserung der Wettbewerbsfä-

higkeit“ zusammengestrichen. Logische Folge: Die gesamtgesellschaftliche Nachfrage sinkt. Damit wird die Konkurrenz unter den Unternehmen härter. Sie können keine Preiserhöhungen durchsetzen, sondern senken ihre Preise.

Macht sich diese Bewegung selbstständig, herrscht Deflation, also ein sich selbst verstärkender Zirkel nach unten: Mit den Preisen sinken Umsätze und Gewinne der Unternehmen. Sie reagieren, indem sie Arbeitsplätze streichen und die Löhne senken. Damit geht die Nachfrage weiter zurück, und der Druck auf die Preise erhöht sich.

Darauf reagieren Unternehmen und private Haushalte: In Erwartung noch weiter sinkender Preise schieben sie Ausgaben auf. Konsum und Investitionen gehen zurück, die Nachfrage schrumpft weiter. Und schließlich macht Deflation die Last für Schuldner schwerer. Denn statt dass eine Inflation die Schulden schrittweise entwertet würde, werten die Schulden real auf. Um ihre Haushalts-Ziele zu erreichen, müssen Regierungen daher noch schärfer kürzen als ohnehin. Auch das drückt die Nachfrage weiter nach unten.

Dass ein solcher Teufelskreis droht, ist vor allem Schuld des deutschen Lohndumpings. Seit 2000 ist die preisbereinigte Lohnsumme gerade einmal um 1,7 Prozent gestiegen. Wäre sie gemäß der Produktivität gesteigert worden, hätte sie um 18 Prozent zulegen müssen. Mit diesem deutschen Lohnkostenvorteil präsentieren sich viele andere Euroländer als nicht wettbewerbsfähig. Die Diagnose für den herrschenden Mainstream, vor allem für Merkel lautet: Deutschland habe mit der Agenda 2010 vorgemacht, wie Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden könne. Deshalb wurden die anderen europäischen Länder gezwungen, sich nach dem deutschen Vorbild auszurichten: Lohn- und Sozialkürzungen, faktisch der Export einer verschärften Agenda 2010. Das Ergebnis: Deflationsgefahr.

Lange hat die EZB diese unterschätzt. Doch jetzt ist sie alarmiert und überrascht. „Wir sehen derzeit diese Gefahr zwar nicht, aber das bedeutet nicht, dass wir nicht besorgt sein sollten“, so formulierte es Draghi kürzlich. Der IWF wird dagegen deutlicher: Seine Chefin Christine Lagarde warnte vor einer Phase zu niedriger Inflation und rief die EZB zu einer „geldpolitischen Lockerung“ auf.

Das heißt, dass sie die Euro-Banken mit noch mehr und noch billigerem Geld versorgen in der Hoffnung, dass dadurch die Markt-Zinsen sinken, Unternehmen und Haushalte mehr Darlehen aufnehmen, dadurch

mehr Zahlungsfähigkeit entsteht und die Nachfrage anzieht. Vieles spricht dafür, dass die EZB den Leitzins – der allerdings bereits bei nur noch 0,25 Prozent liegt – weiter senken wird. Außerdem könnte sie neue Mega-Kredite über lange Laufzeiten zu niedrigen Zinsen an die Banken auflegen oder groß angelegte Käufe von Staatsanleihen durchführen.

So wird die EZB als Notmaßnahme dem Trend zur Deflation voraussichtlich begegnen. Gleichzeitig werden sich vor allem Banken über noch billigeres Geld freuen und dankbar ihre wackeligen Staatsanleihen bei der EZB – quasi als Bad Bank – abladen.

Soll der Euro gerettet werden, soll die Deflation verhindert werden, reichen keine Notmaßnahmen der EZB. Vielmehr muss die Kürzungspolitik vor allem in den südeuropäischen Ländern gestoppt und mit Aufbauprogrammen ihre Wirtschaft wieder ins Laufen gebracht werden. Ein europäischer 'Marshallplan' in Höhe von 600 Milliarden Euro – finanziert durch eine Vermögensabgabe bei Millionären – ist hierzu erforderlich.

Und Deutschland muss die erdrückende „Wettbewerbsfähigkeit“ durch Stärkung der Binnennachfrage, durch deutlich höhere Löhne und ein massives Investitionsprogramm des Staates in den sozial-ökologischen Umbau abbauen.

Weitere Informationen: www.michael-schlecht-mdb.de

Pflegebegriff endlich umsetzen

von Pia Zimmermann

„Nachdem die Reform der Pflegeversicherung jahrelang aufgeschoben wurde, ist es jetzt umso wichtiger, dass der neue Pflegebegriff und das darauf basierende neue Begutachtungsverfahren zügig eingeführt werden. Pflegebedürftige und insbesondere an Demenz Erkrankte sowie ihre Angehörigen warten schon viel zu lange auf spürbare Verbesserungen“, so Pia Zimmermann, pflegepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den Plänen des Gesundheitsministeriums, das neue Begutachtungsverfahren bis Ende des Jahres zu testen. Zimmermann weiter:

„Ich befürchte, dass mit der Erprobungsphase nur Handlungsbereitschaft vorgetäuscht wird, anstatt endlich konkrete Verbesserungen vorzunehmen. Es gibt zwei ausführliche Gutachten zum neuen Pflegebegriff und zur Ausgestaltung. Danach steht der Umsetzung des neuen Pflegebegriffs und dem neuen Begutachtungsverfahren nichts mehr im Weg. Das schließt ja eine begleitende Evaluation nicht aus, im Gegenteil: Ziel einer grundlegenden Pflegereform muss sein, dass viele besser, aber niemand schlechter gestellt wird. Insbesondere demenziell Erkrankte sind seit Jahren schlechter gestellt, die Zeit des Testens ist vorbei und konkretes Handeln ist angesagt. Davon abgesehen ist die Informationspolitik des Gesundheitsministeriums an sich skandalös. Der Gesundheitsausschuss wurde zu keinem Zeitpunkt über die Ausgestaltung der Erprobungsphase informiert. Es kann doch nicht sein, dass die Abgeordneten des Bundestages sich erst auf Basis von Presseinformationen eine Meinung zu den geplanten Schritten von Minister Gröhe bilden können.“

https://petitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_03/_03/Petition_50389.nc.html

Zeichnungsschluss 23.04.2014